



ANALYSE

September 2019

Sebastian Koos & Elias Naumann

Everybody For Future?

Gegenwart und Potenzial des jungen Klimaaufstands

Seit Monaten erzeugen Fridays For Future klimapolitischen Handlungsdruck von der Straße. Die Entscheidung des Klimakabinetts und der UN-Sondergipfel Ende September werden zeigen, welche konkreten Beschlüsse der junge Klimaaufstand bewirkt. Schon jetzt aber haben die protestierenden Jugendlichen ein Bewusstsein für die Klimakrise geschaffen. Dieses Papier analysiert erstmalig die Unterstützung für Fridays For Future sowie ihr Potenzial, zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung zu wachsen. Auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage gehen die Autoren dem “Greta-Effekt” nach, zeichnen mögliche Konfliktlinien und geben neue Impulse für die Diskussion um Klimaschutzmaßnahmen wie eine CO₂-Steuer.

Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen, ...

- dass *Fridays For Future* auf **breite Unterstützung in der Bevölkerung** stößt und dabei attraktiv für Jung und Alt ist,
- dass die **junge Bevölkerung stärker sensibilisiert** ist und Bereitschaft signalisiert, die erforderlichen Investitionen für Klimaschutz zu tragen (Generationenkonflikt),
- dass **keine explizite Ablehnung einer CO₂-Steuer** in der Bevölkerung vorliegt, und die Unterstützung höher ist als bisher vermutet,
- dass die **Klimakrise zunehmend als Bedrohung wahrgenommen** wird, die auch zu Änderungen des selbst berichteten persönlichen Lebensstils führt (green mind shift),
- dass *Fridays for Future* in kurzer Zeit ein großes Potenzial entwickelt hat, **von einer Jugend- zu einer breiteren gesellschaftlichen Bewegung** zu werden,
- dass eine CO₂-Steuer besonders die **GroKo-Parteien vor eine große Herausforderung** stellt, da WählerInnen der Volksparteien am wenigsten entschieden für oder gegen eine CO₂-Steuer votieren.

Fridays For Future: vom SchülerInnenstreik zum politischen Massenphänomen?

Einleitung und Relevanz

Spätestens seit *Fridays For Future* und den Europawahlen ist klar, dass die Klimakrise gesellschaftliche Tiefen- und Breitenwirkung entfaltet. Das Erreichen klimapolitischer Ziele und die Entwicklung klimafreundlicher Reformen spielen nicht mehr nur bei den Grünen eine gewichtige Rolle. Bis auf wenige, vorwiegend rechtspopulistische, wissenschaftsleugnende Parteien, hält grünes Agenda-Setting auch in allen anderen politischen Lagern Einzug.¹ Zwischen Anspruch und Realität klappt dabei nicht selten eine Lücke. So scheinen beispielsweise die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 kaum noch einhaltbar. Bei den Bemühungen um den Klimaschutz rangiert Deutschland seit Jahren nur im internationalen Mittelfeld.²

War Fukushima die Initialzündung für den endgültigen Atomausstieg bis Ende 2022, ist Greta Thunbergs „Schulstreik für das Klima“ Inspiration und Auslöser für die *Fridays For Future*-Bewegung - und möglicherweise für ein Umdenken in Politik und Wirtschaft im Hinblick auf Antworten auf den menschengemachten Klimawandel. Entscheidender Unterschied zwischen Fukushima und dem „Greta-Effekt“ ist, dass letzterer nicht Folge eines mehr oder minder zufälligen Naturereignisses, sondern als breite soziale Bewegung³ nahezu in allen Ecken der Welt in wenigen Monaten entstanden

und gewachsen ist.⁴ Am 15. März 2019, dem ersten internationalen Aktionstag, fanden in Deutschland 222 *Fridays For Future*-Demonstrationen mit geschätzten 300.000 TeilnehmerInnen statt.⁵ In vielen Städten sind die Freitagsproteste der SchülerInnen seitdem Routine geworden und erhalten Unterstützung durch andere Gruppen wie Studierende, Eltern oder WissenschaftlerInnen. Die Bewegung hat dabei eine deutliche Nachricht an die EntscheidungsträgerInnen von heute: „So können wir nicht weitermachen, sonst ist bald Schluss mit unserer Zukunft und unserem Planeten!“

Herausforderung

Wo neue soziale Bewegungen entstehen, werden politische Forderungen artikuliert, die auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen hinwirken. Sie hinterfragen Handeln und Positionen politischer und ökonomischer EntscheidungsträgerInnen. Die jungen KlimaaktivistInnen haben es geschafft, eine umfassende gesellschaftliche und politische Debatte über Klimaschutz anzustoßen sowie bestehende politische Leitlinien und tradierte Konsummuster grundlegend in Frage zu stellen.

Anliegen

Die vorliegende Analyse beleuchtet die Wirkung der *Fridays For Future*-Bewegung in ihrer gesellschaftlichen und politischen Dimension. Auf Basis einer repräsentativen und originellen Bevölkerungsumfrage (siehe Box „Datengrundlage“) wird der Einfluss der jungen Klimaschutzbewegung offen gelegt und politisch eingeordnet. Welche Unterstützung haben *Fridays For Future* in der Bevölkerung? Wandeln sie sich von einer Jugend- zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung? Vermag sie ein Bewusstsein für die Bedrohung durch die Klimakrise zu schaffen? Und inwieweit ist die Bevölkerung

1 Vgl.: SCHALLER, STELLA & CARIUS, ALEXANDER (2019): Convenient Truths: Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, Berlin: adelphi, <https://www.adelphi.de/en/publication/convenient-truths>

2 Siehe beispielsweise den Klimaschutz-Index 2019: BURCK, JAN et al. (2019): Climate Change Performance Index. Results 2019, Germanwatch, NewClimate Institute, Climate Action Network International (CAN), <https://www.germanwatch.org/de/ksi>

3 Unter „sozialer Bewegung“ verstehen wir hier ganz allgemein ein informelles Netzwerk an Akteuren mit geteilten Überzeugungen, die mit verschiedenen Formen des Protests versuchen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen oder aufzuhalten.

4 WAHLSTRÖM, MATTHIAS et al. (Hrsg.) (2019): Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities, https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/klome/forschung/ZAIP/Dokumente/Protest_for_a_future_GCS_Descriptive_Report.pdf

5 SOMMER, MORITZ et al. (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper series, 2/2019. Berlin: ipb.

bereit, Forderungen nach Veränderungen des privaten Lebensstils und nach politischen Maßnahmen mitzutragen, etwa in Form einer CO₂-Steuer?

Datengrundlage

Die Datengrundlage dieser Analyse bildet eine Erhebung im Rahmen des German Internet Panel (GIP) des Sonderforschungsbereichs „Politische Ökonomie der Reformen“ (SFB 884) an der Universität Mannheim. Das GIP basiert auf einer Zufallsstichprobe der Bevölkerung in Deutschland im Alter von 16 bis 75 Jahren. Die in dieser Analyse verwendete GIP-Welle wurde im Mai 2019 durchgeführt. Insgesamt haben 4.824 Personen an der Befragung teilgenommen.

Zentrale Erkenntnisse

Die vorliegende Analyse macht deutlich, dass *Fridays For Future* kein Medien- oder Social-Media-Phänomen ist, sondern, dass sowohl die Bewegung selbst als auch Ihre politischen Forderungen und Ziele auf breite Resonanz in der Bevölkerung stoßen. Diese Erkenntnis unterstreicht die Wirkung und Relevanz der KlimaaktivistInnen und den damit verbundenen Handlungsauftrag für wirtschaftliche und politische AkteurInnen. Es finden sich auch Hinweise dafür, dass ein “green mind shift” in der Bevölkerung stattfindet. BürgerInnen nehmen die Klimakrise nicht nur stärker als persönliche Bedrohung wahr, sondern nehmen zunehmend Klimaschutz in die eigene Hand. Konkret liefert die Analyse vier Ergebnisse:

1. Die Auswertung zeigt eine **breite gesellschaftliche Unterstützung** für die neue Klimabewegung. Diese äußert sich sowohl im Verständnis für die Bewegung als auch im Mobilisierungspotenzial, da viele Befragte unabhängig vom Alter bereit sind, an zukünftigen Demonstrationen teilzunehmen.
2. Die *Fridays For Future*-Bewegung hat das **Bewusstsein der Bevölkerung** für die Bedrohungen der Klimakrise geschärft. Sowohl für Deutschland als auch für jedeN persönlich. Darüber hinaus geht

dies bei vielen Befragten mit einer **Veränderung des persönlichen Lebensstils** einher.

3. Insbesondere bei den Einstellungen zur Klimabewegung und bei der Wahrnehmung des Klimawandels finden wir jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen den Generationen. **Junge Befragte** zeigen **deutlich mehr Verständnis** für die Klimaproteste und nehmen die Klimakrise insbesondere für sich persönlich sehr viel stärker als eine Bedrohung wahr, als dies bei älteren Befragten der Fall ist.
4. Die Ergebnisse zeigen auch, dass es zwar nach wie vor keine Mehrheit für die Einführung einer CO₂-Steuer gibt, da diese lediglich von **35 Prozent der Befragten ausdrücklich unterstützt wird**. Allerdings sprechen sich auch nur **39 Prozent der Befragten explizit gegen die Einführung einer CO₂-Steuer** aus. Die öffentliche Meinung stellt also ein deutlich geringeres Blockadepotenzial dar, als bisher vermutet wurde. Bei dieser Frage gehen die Ansichten von AnhängerInnen der politischen Parteien allerdings signifikant auseinander: Insbesondere AnhängerInnen der CDU/CSU, der FDP und der AfD stehen der Einführung einer CO₂-Steuer eher ablehnend gegenüber. Diese Heterogenität der Einstellungen und die zu Tage tretenden **Konfliktlinien zwischen Jung und Alt** sind vermutlich eine Erklärung für das bisher sehr zögerliche Handeln der Bundesregierung.

Wahrgenommene Bedrohung durch den Klimawandel

Die Ursachen und Folgen des menschengemachten Klimawandels sind räumlich und zeitlich entkoppelt. Das bedeutet, dass die Folgen des Klimawandels zwar auch für heutige Generationen in Deutschland spürbar, aber andernorts ungleich gravierender sind und für zukünftige Generationen ungleich schwerer wiegende Probleme verursachen werden. Während der Klimawandel also in vielen Erdregionen schon lange sichtbare Folgen zeigt, nehmen extreme Wetterereignisse, wie Hitzewellen oder Überschwemmungen, in den letzten Jahren auch in Deutschland zu. Damit stellt sich die Frage, ob der Klimawandel hierzulande bereits als Bedrohung wahrgenommen wird und inwiefern seine Folgen als etwas geografisch weit Entferntes oder räumlich unmittelbar Bedrohliches gesehen werden.

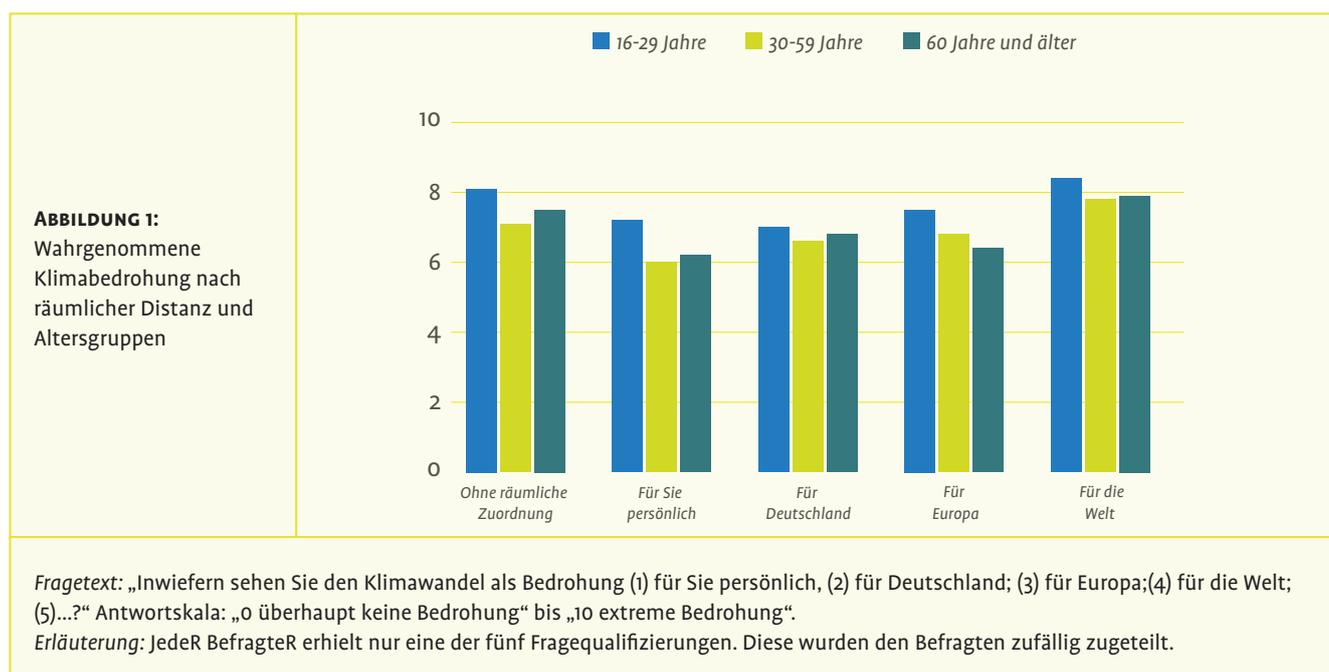
Das Experiment

In einem Experiment haben wir die GIP-Teilnehmenden gefragt, ob sie den Klimawandel als Bedrohung sehen. Dabei wurde zufällig bei jedem Befragten eine von vier räumlichen Qualifizierungen („für Sie persönlich“, „für

Deutschland“, „für Europa“ oder „für die Welt“) ergänzt. Eine fünfte Gruppe (Kontrollgruppe) erhielt keine dieser Vorgaben. Die Befragten sollten die wahrgenommene Bedrohung auf einer Skala von 0 („überhaupt keine Bedrohung“) bis 10 („extreme Bedrohung“) einschätzen. Es zeigt sich, dass **die durchschnittliche wahrgenommene Bedrohung mit zunehmender räumlicher Entfernung steigt** (Abbildung 1). Die Bedrohung für die eigene Person wird niedriger eingeschätzt als für Deutschland, Europa oder die Welt. Die Kontrollgruppe, die keine räumliche Angabe erhielt, schätzt die Bedrohung ähnlich hoch ein wie die Befragten, die nach der Bedrohung für die gesamte Welt befragt wurden. **In Deutschland wird der Klimawandel also durchaus als eine Bedrohung wahrgenommen**, allerdings vor allem als eine globale Bedrohung, die den persönlichen Nahbereich deutlich weniger betrifft.

Generationenunterschiede

Generationale Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung sind hier besonders ausgeprägt (Abbildung 1). **Die jüngste Befragtengruppe (zwischen 16 und 29 Jahren) hat eine signifikant höhere Bedrohungswahrnehmung als die älteren Befragten.** Der größte Unterschied zeigt sich bei der wahrgenommenen persönlichen Bedrohung. Diese ist bei den jüngsten



Befragten 1,2 Skalenpunkte höher als bei der nächst älteren Gruppe. Für Jugendliche und junge Erwachsene hält die Bedrohung der Welt insgesamt wie auch ihrer eigenen persönlichen Zukunft großes klimapolitisches Frustrationspotenzial bereit – nicht überraschend, da sie es sind, die von den Folgen der Klimakrise am stärksten und längsten betroffen sein werden.

Weitere demografische Faktoren (Geschlecht, Ost-West)

Im Hinblick auf Geschlechterunterschiede haben **weibliche Befragte eine leicht stärkere Bedrohungswahrnehmung als männliche Befragte** (bspw. bei der Kontrollgruppe 0,5 Skalenpunkte; Persönlich: 0,2, Deutschland: 0,5; Europa: 0,8; Welt: 0,3). Gleichfalls zeigen sich durchaus **starke Ost-West Unterschiede**, wobei die Bedrohung durch den Klimawandel in Ostdeutschland im Mittel niedriger eingeschätzt wird als in Westdeutschland. So liegt die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung in Ostdeutschland mit 5,6 nur knapp über dem Skalenmittel von 5 und ist damit 0,8 Skalenpunkte niedriger als in Westdeutschland (6,4).

Unterstützung der Fridays For Future-Bewegung

Verständnis für die Anliegen der Bewegung

Der öffentliche Diskurs zur jungen Klimabewegung ist teilweise sehr polarisiert. Um die Schul- oder Klimastreiks entspinnt sich mittlerweile eine kontroverse Debatte. Auf der einen Seite wurde SchülerInnen unterstellt, mit den Klimastreiks⁶ nur die Schule schwänzen zu wollen, populistisch zu agieren, oder schlicht nicht

⁶ Selbst die Begriffe des Schul- oder Klimastreiks haben schon Kritik auf sich gezogen. Anders als bei einem Arbeitsstreik, der Kosten für Unternehmen verursacht, so der Vorwurf, schaden die SchülerInnen nicht der Schule oder dem Staat, sondern lediglich sich selbst. Es sei hierzu angemerkt, dass beispielsweise auch der Hungerstreik von Gefängnisinsassen keine direkten negativen Konsequenzen für die Organisation Gefängnis bewirkt, aber ebenfalls als Streik bezeichnet wird.

über die notwendige Sachkenntnis zu verfügen.⁷ Auf der anderen Seite fanden die Proteste und die Anliegen der Bewegung auch große Unterstützung. Welchen Rückhalt haben die jungen KlimaaktivistInnen in der Bevölkerung?

Verständnis für Fridays For Future: größeres Verständnis bei den Jungen und im Westen

Mehr als die Hälfte der Befragten zeigt **Verständnis für die Klimastreiks** der SchülerInnen. Es äußerten lediglich 21 Prozent der Befragten kein Verständnis für die *Fridays For Future*-Bewegung (siehe Abbildung 2). Dabei zeigen sich **keine Geschlechter-, jedoch deutliche Altersunterschiede**. So ist das Verständnis mit 66 Prozent unter der jüngsten Gruppe der Befragten am größten und zehn Prozentpunkte höher als bei den älteren Befragten. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich eine um acht Prozentpunkte **höhere Unterstützung in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland**. Insgesamt stellen wir fest, dass eine **Mehrheit der Bevölkerung die Proteste der Jugendlichen positiv bewertet** und deren **Einsatz für den Klimaschutz unterstützt**.

TeilnehmerInnenschaft und Mobilisierungspotenzial von Fridays For Future

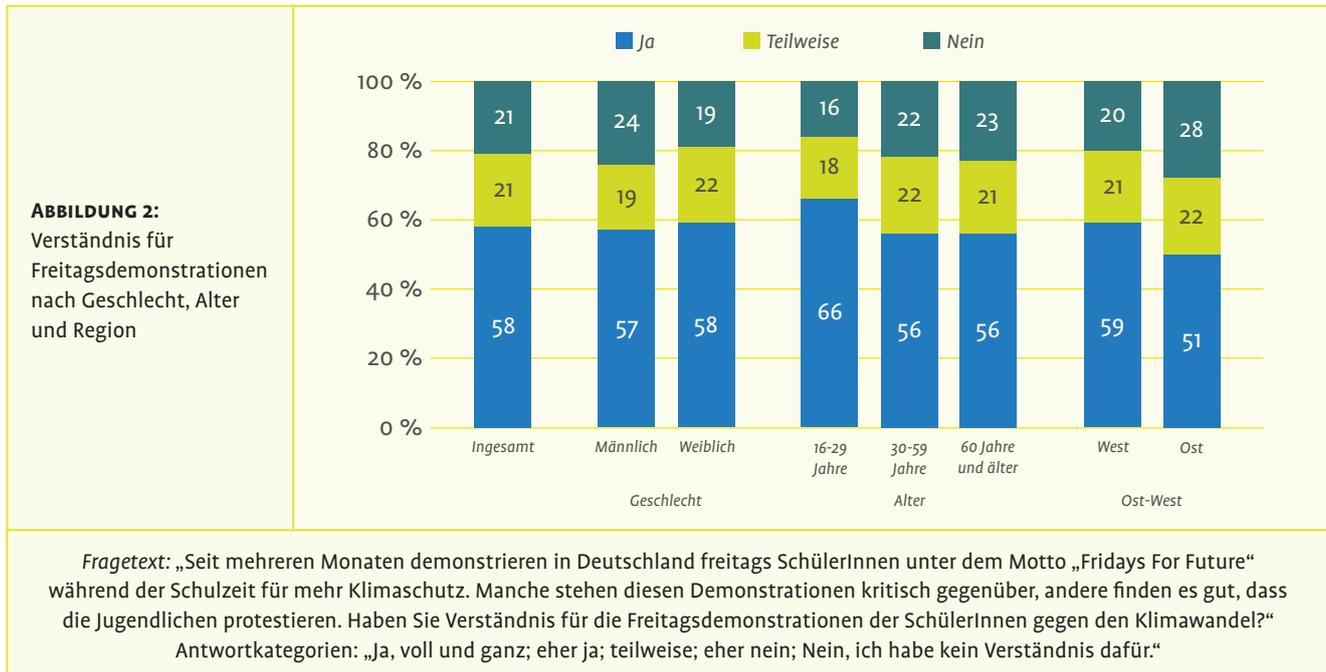
Die *Fridays For Future*-Demonstrationen wurden zu Beginn vor allem von SchülerInnen initiiert und getragen. Hat sich dies verändert und ist die Jugend- zu einer breiteren gesellschaftlichen Bewegung geworden?

Teilnehmende

Aktuelle Befragungen während der Freitagsdemonstrationen in Berlin, Bremen und Konstanz zeichnen ein differenziertes Bild der Teilnehmenden.⁸ Diese sind

⁷ Vgl.: 87. Bundestagssitzung vom 15.03.2019, TOP ZP 15 Aktuelle Stunde zu den Klimastreiks der Fridays for Future-Bewegung, <https://dbtg.tv/fvid/7335734>

⁸ SOMMER, MORITZ et al. (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper series, 2/2019. Berlin: ipb
KOOS, SEBASTIAN (2019): Klima-Aktivismus von jungen Menschen, Ergebnisse einer Befragung unter den Teilnehmenden am „Fridays for Future“-Schulstreik in Konstanz, 15. März 2019



im Schnitt **eher weiblich und jung und haben oder streben einen höheren Bildungsabschluss an**. Der Anteil an SchülerInnen liegt laut der Studie des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung bei etwa 40 Prozent in Berlin und 60 Prozent in Bremen. *Fridays For Future* ist also kein exklusives SchülerInnenphänomen.

Mobilisierungspotenzial: Würden Sie auch demonstrieren gehen?

Ob man an Freitagsprotesten teilnehmen möchte oder kann, hängt neben den individuellen Präferenzen auch stark vom persönlichen Kontext ab. Deswegen haben wir nach der Bereitschaft gefragt, zukünftig an Protesten teilzunehmen, falls eine Demonstration in der Nähe des jeweiligen Wohnortes stattfinden würde. Diese prospektive Teilnahme verweist auf ein durchaus hohes Mobilisierungspotenzial von 12 Prozent der Befragten, die „auf jeden Fall“ teilnehmen würden, sowie immerhin 36 Prozent, die „wahrscheinlich“ teilnehmen würden. Die **Teilnahmebereitschaft ist unter der jüngsten Befragtengruppe am höchsten**, hier würden zusammengenommen 55 Prozent der 16- bis 29-jährigen „wahrscheinlich“ oder „auf jeden Fall“ an Protesten teilnehmen (30-59 Jahre: 44 Prozent; 60 Jahre und älter: 51 Prozent).

Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass das Ergebnis der Befragung vorerst nur zeigt, wie viel Luft die Bewegung noch nach oben hat. Dabei wird jedoch deutlich, dass – zumindest in der jüngsten Altersgruppe – eine knappe Mehrheit durchaus bereit wäre, in Zukunft an Protesten teilzunehmen, wenn diese in der Nähe des Wohnortes stattfinden würden. Die Teilnahmebereitschaft als alternativer Indikator für die Unterstützung der Bewegung zeigt, dass *Fridays For Future* in kurzer Zeit ein **großes Potenzial entwickelt haben, von einer Jugend- zu einer breiteren gesellschaftlichen Bewegung zu werden**. Ob sie dieses Potenzial beim bevorstehenden „globalen Klimastreik“ am 20. September 2019 ausschöpfen können, wird sich zeigen. Eine Vielzahl an Organisationen hat bekundet, sich dem Protest und der Forderung nach einer entschlossenen, zukunftsfähigen und inklusiven Klimapolitik des Zusammenhalts anzuschließen.⁹

⁹ Koordinierungskreis und zivilgesellschaftliche UnterstützerInnen des Klimastreiks am 20. Sept. 2019, <https://www.klima-streik.org/buendnis>

Einfluss von Fridays For Future

Die Veränderung der Bedrohungswahrnehmung

Die *Fridays For Future*-Bewegung hat in den wenigen Monaten Ihres Bestehens die Klimakrise ins **Zentrum des öffentlichen Diskurses** gerückt. Hat sie auch die Wahrnehmung des Klimawandels als Bedrohung beeinflusst?

Die in Abschnitt 2 erläuterten Fragen zur Bedrohungswahrnehmung wurden im Rahmen des GIP auch schon 2017 erhoben, sodass hier die Veränderung der Bedrohungswahrnehmung analysiert werden kann. Insgesamt zeigt sich, dass die wahrgenommene Bedrohung unabhängig von jeweiliger geografischer Unterscheidung zwischen 2017 und 2019 zugenommen hat. Die stärkste Zunahme ist jedoch im Bereich der persönlichen Betroffenheit zu beobachten. Hier zeigt sich ein deutlicher Anstieg um 0,7 Skalenpunkte (auf einer Skala von 0 bis 10). Ob dies eine Ursache oder Folge der *Fridays For Future*-Bewegung ist, lässt sich nicht eindeutig klären. Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der Klimadiskussion seit 2017, scheint es allerdings nahelegend, dass die Freitagsproteste die wahrgenommene Bedrohung auch verstärkt haben.

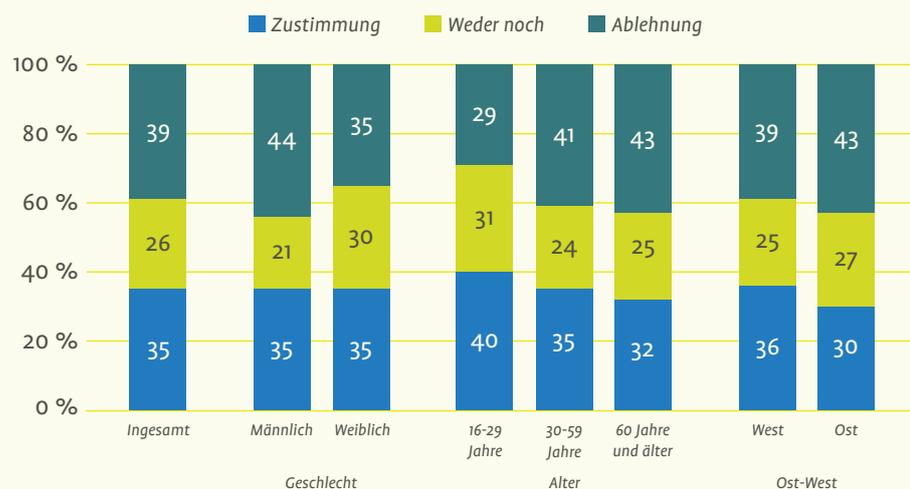
Vom Protest zur Politik: Unterstützung einer CO₂-Steuer

Als eine der zentralen politischen Forderungen hat sich die *Fridays For Future*-Bewegung die Einführung einer CO₂-Steuer auf die Fahne geschrieben. Als Argument gegen die Einführung wird oft eine mangelnde öffentliche Unterstützung ins Spiel gebracht. Aber stimmt das auch so?

Um den Befragten eine möglichst realistische Bewertung der CO₂-Steuer zu erlauben, wurden wir in unserer Fragestellung recht konkret. Wir nannten einen Preis von 180,- € je Tonne CO₂-Emission, was den Forderungen der *Fridays For Future* und den vom Umweltbundesamt (UBA) ermittelten Schadenskosten entspricht.¹⁰ Wir wiesen darauf hin, dass dadurch viele Alltagsgüter wie Lebensmittel, Reisen und Benzin teurer werden würden. Wir machten jedoch keine Angaben über die Verwendung der eingenommenen Steuern und ob diese

¹⁰ Die Emission einer Tonne CO₂ verursacht laut UBA Schäden von rund 180 €. Umgerechnet auf die Treibhausgasemissionen Deutschlands 2016 entspricht dies Gesamtkosten von rund 164 Mrd. €. MATTHEY, ASTRID & BÜNGER, BJÖRN (2019): Methodenkonvention 3.0 zur Ermittlung von Umweltkosten Kostensätze. Stand 02/2019, Umweltbundesamt, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-02-11_methodenkonvention-3-0_kostensaetze_korr.pdf

ABBILDUNG 3:
Unterstützung für die Einführung einer CO₂-Steuer nach Geschlecht, Alter und Region



Fragetext: „Die SchülerInnen der Fridays for Future-Bewegung haben einen Forderungskatalog ausgearbeitet. Die Forderungen zielen auf die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, welches die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen will. Unter anderem wird gefordert, eine Steuer von 180,- € für jede Tonne CO₂-Emission einzuführen. Dies würde viele Lebensmittel und Alltagsgüter, aber vor allem Reisen und Autofahren deutlich teurer machen. Lehnen Sie die Einführung einer CO₂-Steuer ab oder stimmen Sie dieser zu?“

Antwortkategorien: „Stimme ich voll zu; stimme ich ein bisschen zu; stimme weder zu noch lehne ich sie ab; lehne ich ab; lehne ich stark ab.“

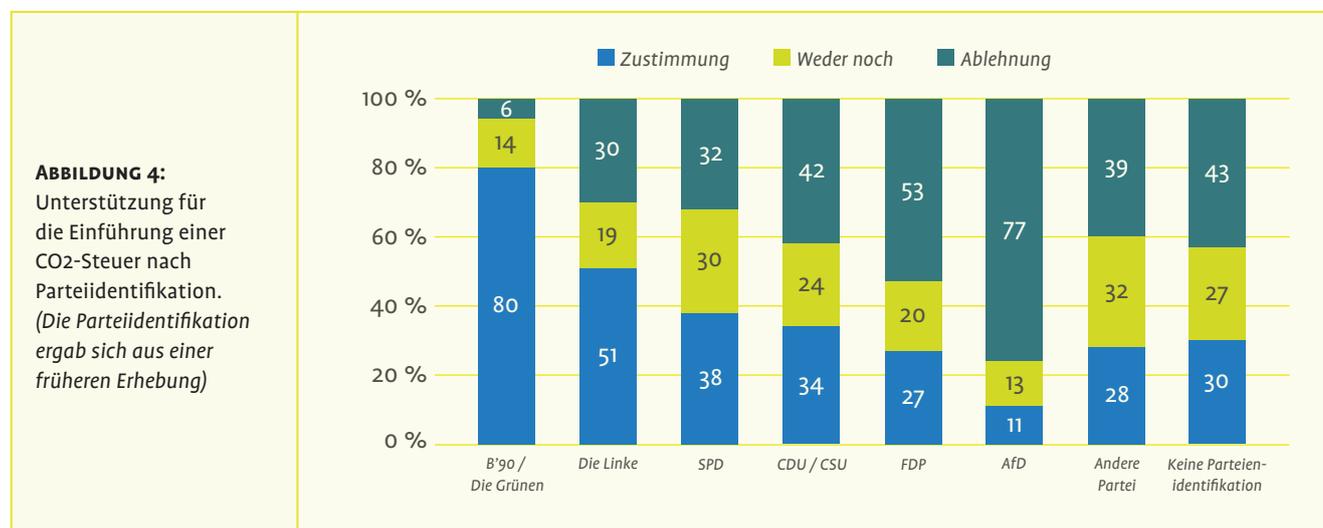
an die VerbraucherInnen bspw. in Form einer Pro-Kopf-Klimaprämie zurückfließen. Entsprechend waren eher geringere Zustimmungswerte zu erwarten. Es bestand die Vermutung, dass die Zustimmung sogar höher ausfallen könnte, wenn der Preis niedriger angesetzt wird, oder aber wenn Angaben über die Verwendung der Steuereinnahmen gemacht werden.

Unsere Auswertung zeigt, dass etwa 35 Prozent der Befragten die CO₂-Steuer unterstützen (Abbildung 3), während 39 Prozent der Befragten eine solche Steuer ablehnen und ein nicht unerheblicher Anteil von 26 Prozent der Befragten der Steuer weder zustimmt noch sie ablehnt. Im Unterschied zu anderen Umfragen gaben wir den Befragten die Möglichkeit, eine Mittelkategorie („weder – noch“) auszuwählen, um anzugeben, dass sie weder für noch gegen die Einführung der CO₂-Steuer sind. Diese Mittelkategorie spiegelt den hohen Anteil derjenigen wider, die noch keine klare Präferenz im Hinblick auf eine CO₂-Steuer haben. Für diese Unsicherheit kann es verschiedene Gründe geben, etwa dass die individuellen Belastungen durch eine CO₂-Steuer nicht klar abschätzbar sind, oder dass die genaue Verwendung der Steuereinnahmen unklar ist. In jedem Fall scheint die **Abfrage der Einstellungen zur CO₂-Steuer ohne eine Mittelkategorie die tatsächliche Ablehnung zu überschätzen**. Bei der Befragung wird auch wieder deutlich, dass die jüngsten Befragten auch am ehesten bereit sind, die erforderlichen Investitionen für Klimaschutz zu tragen. In dieser Altersgruppe unterstützen 40 Prozent eine solche Steuer und nur 29 Prozent lehnen diese ab. Weiterhin ist interessant, dass

– während sich bei Frauen Zustimmung und Ablehnung mit jeweils 35 Prozent die Waage halten – Männer sich bei gleich hoher Zustimmung (35 Prozent) insgesamt deutlich stärker ablehnend positionieren (44 Prozent). Nicht unerwartet, scheiden sich die Geister bei der Zustimmung zur CO₂-Steuer an der Parteiidentifikation (Abbildung 4). Während 80 Prozent der Grünen-WählerInnen die CO₂-Steuer unterstützen, finden sich bei der AfD nur 11 Prozent, die diese Forderung teilen. Auch bei Die Linke ist die Unterstützung mit 51 Prozent sehr ausgeprägt. In der SPD finden sich etwas mehr (38 Prozent) UnterstützerInnen als Befragte, die eine solche Emissionsbepreisung ablehnen. In der CDU und CSU sprechen sich etwas mehr Befragte gegen die CO₂-Steuer (42 Prozent) aus als dafür. Sowohl SPD (30 Prozent) als auch CDU/CSU-AnhängerInnen (24 Prozent) zeigen aber die größte Unentschlossenheit im Hinblick auf die Einführung einer CO₂-Steuer. Eine Mehrheit der FDP-WählerInnen lehnt eine zusätzliche Steuer ab. Die parteipolitische Analyse zeichnet ein klares Bild von BefürworterInnen und GegnerInnen, wobei **WählerInnen der Volksparteien und diejenigen ohne eine Parteiidentifikation am wenigsten entschieden** votieren.

Veränderung des Lebensstils

Der individuelle Lebensstil und das damit verbundene Konsumverhalten sind eng verbunden mit der Emission von Treibhausgasen. Globale Lieferketten, individuelle Mobilität und Massenkonsum tragen ursächlich zum anthropogenen Klimawandel bei. Inwieweit hat



die *Fridays For Future*-Bewegung dazu beigetragen, dass Befragte auch im Privaten Veränderungen anstoßen, um das Klima zu schützen?

Die TeilnehmerInnen der Studie wurden gefragt, inwiefern sie seit Anfang 2019 – beispielsweise durch Verzicht auf Fleisch oder Flugreisen – ihren Lebensstil verändert haben, um das Klima zu schützen. **Ein beachtlicher Teil der Befragten berichtet von Veränderungen des eigenen Lebensstils.** Insgesamt 18 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihren Lebensstil „viel“ oder „sehr viel“ verändert haben. Weitere 40 Prozent haben „etwas“ verändert und 42 Prozent der Befragten geben an, ihren Lebensstil nicht oder kaum verändert zu haben. Bei weiblichen Befragten ist die berichtete Bereitschaft, für den Klimaschutz etwas im eigenen Konsumverhalten zu verändern, ausgeprägter (mindestens „etwas“ verändert: 61 Prozent) als bei männlichen Befragten (mindestens „etwas“ verändert: 54 Prozent). Im Hinblick auf die Altersgruppen zeigen sich nur leichte Unterschiede. Die Jüngsten und die Ältesten setzen im Vergleich zu Gruppe der 30 bis 59-jährigen etwas stärker auf nachhaltigen Konsum.

Auf Basis unserer Frage lässt sich natürlich kaum abschätzen, wie weitreichend oder wie langfristig die berichteten Veränderungen sind.¹¹ Auch spielt die Tendenz sozial erwünschte Antworten zu geben bei den Ergebnissen möglicherweise eine Rolle.¹² Dennoch zeigt sich, dass die *Fridays For Future*-Bewegung in relativ kurzer Zeit auch im Privaten Veränderungen angestoßen hat. Wenn auch nur knapp **zwei von zehn BürgerInnen von weitreichenden Veränderungen hin zu einem klimabewussten Lebensstil berichten**, ist dies durchaus beachtlich. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse auch, dass ein **substanzieller Anteil der Befragten von keinen Veränderungen des Lebensstils berichtet.**

¹¹ Vgl.: KORMOS, CHRISTINE & GIFFORD, ROBERT (2014): The validity of self-report measures of proenvironmental behavior: A meta-analytic review, *Journal of Environmental Psychology*, Vol. 40, S. 359-371, <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2014.09.003>

¹² Vgl.: MILFONT, TACIANO (2009): The effects of social desirability on self-reported environmental attitudes and ecological behaviour, *The Environmentalist*, 29(3), S. 263-269.

Zusammenfassung und Fazit

Die *Fridays For Future*-Bewegung hat innerhalb von wenigen Monaten den Klimaschutz in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Wir haben untersucht, welche Unterstützung die *Fridays For Future*-Bewegung in der Gesellschaft hat und, ob der junge Klimaaufstand gesellschaftliche und politische Veränderungen bewirken kann.

Unsere Auswertungen zeigen,

1. dass der **Klimawandel als Bedrohung wahrgenommen** wird und dass in den letzten zwei Jahren die wahrgenommene Bedrohung durch den Klimawandel weiter zugenommen hat. Sie wird zunehmend als eine Bedrohung gesehen, die in immer größerem Maße eben auch Deutschland und jeden persönlich betrifft.
2. dass die **Mehrheit der deutschen Bevölkerung Verständnis für die Fridays For Future-Klimastreiks** hat. Während zu Anfang der Klimaproteste die Teilnehmenden mehrheitlich junge Menschen waren, ist altersunabhängig etwa die Hälfte der Befragten prinzipiell bereit, sich an zukünftigen Demonstrationen zu beteiligen. **Die gesellschaftliche Unterstützung ist also groß.**
3. dass die jungen Klima-AktivistInnen auch **Einfluss auf die private Lebenswelt** ausüben, so dass mehr als die Hälfte der Befragten ihren persönlichen Lebensstil verändert haben, um der Klimakrise entgegenzuwirken.
4. dass die deutsche **Bevölkerung in Bezug auf konkrete politische Maßnahmen noch eher unentschlossen** ist. BefürworterInnen und GegnerInnen einer CO₂-Steuer halten sich in etwa die Waage, und es gibt mit 26 Prozent der Befragten doch ziemlich Viele, die sich weder eindeutig für noch eindeutig gegen eine CO₂-Steuer aussprechen. Bei der Ausgestaltung und Vermittlung jeder konkreten Maßnahme zur Emissionsbepreisung geht es also auch darum, diese **Unentschlossenen von**

deren Sinnhaftigkeit zu überzeugen, sozio-ökonomische Folgen abzuwägen und so Akzeptanz herzustellen.

Unsere Auswertungen legen nahe, dass die Wahrnehmung der Klimakrise und die Einstellungen zum Klimaschutz von teils recht stark **ausgeprägten Konflikten zwischen Jung und Alt und zwischen AnhängerInnen verschiedener Parteien** gekennzeichnet sind. Junge Befragte zeigen ein deutlich größeres Verständnis für die Klimaproteste als ältere Befragte und nehmen die Klimakrise sehr viel stärker als eine persönliche Bedrohung wahr. Auch die CO₂-Steuer findet die größte Unterstützung unter jungen Befragten. Bei der Frage der Emissionsbepreisung treten zudem **deutliche Unterschiede zwischen den WählerInnen verschiedener Parteien** zu Tage. Während die AnhängerInnen linker Parteien eine

CO₂-Steuer von 180€ je Tonne CO₂ unterstützen, stehen WählerInnen konservativer oder rechter Parteien dieser eher ablehnend gegenüber. Diese unterschiedlichen Ansichten und Konflikte zwischen Alt und Jung sowie insbesondere zwischen AnhängerInnen verschiedener Parteien verhindern bisher weitreichende politische Maßnahmen, auch wenn die Beteiligten sich der Probleme zunehmend bewusst sind. Die Politik wird von konservativen, eher älteren PolitikerInnen dominiert. So finden vor allem die Interessen der älteren, eher konservativen WählerInnen Beachtung. Die Forderungen der *Fridays For Future*-Bewegung dagegen finden zwar Gehör, die Bundesregierung zeigt bisher jedoch wenig Willen eine nachhaltige Klimapolitik auch umzusetzen. Mit großer Spannung wird deshalb die Entscheidung des Klimakabinetts am Freitag des 20. September 2019 erwartet.

Die Autoren



Sebastian Koos ist Juniorprofessur für Corporate Social Responsibility am Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaften und Mitglied des Exzellenzclusters The Politics of Inequality der Universität Konstanz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wirtschafts- und Organisationssoziologie sowie der politischen Soziologie; insbesondere forscht er zu Unternehmensverantwortung, nachhaltigem Konsum, Sozialen Bewegungen und Solidarität.

sebastian.koos@uni-konstanz.de



Elias Naumann ist John F. Kennedy Memorial Fellow 2019-20 am Center for European Studies an der Universität Harvard und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 884 „Die Politische Ökonomie von Reformen“ an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte befassen sich mit Fragestellungen der politischen Soziologie und der vergleichenden politischen Ökonomie, und hier insbesondere mit Einstellungen zum Sozialstaat, Umverteilungspräferenzen und prosozialem Verhalten wie Fairness oder Altruismus.

naumann@uni-mannheim.de

Über das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger ThinkTank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.



The Politics of Inequality

ist ein interdisziplinäres Exzellenzcluster an der

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Universität Konstanz. Seit Januar 2019 wird es durch die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder gefördert. In drei Forschungsbereichen untersuchen ForscherInnen und zahlreiche Doktor- und PostdoktorandInnen des Clusters, wie Menschen Ungleichheiten wahrnehmen (perception), wie diese zur kollektiven Mobilisierung führen (participation) und wie politische EntscheidungsträgerInnen darauf reagieren (policies). Drei Felder der Ungleichheit - Bildung und Information, Einkommen und Vermögen, Rechte und Privilegien - werden aus Perspektive der Politikwissenschaft, Soziologie, Ökonomie, Linguistik, Psychologie und Erziehungswissenschaft kollaborativ erforscht.

www.inequality.uni.kn
cluster.inequality@uni.kn
Twitter: @EXCInequality

The political Economy of Reforms

ist ein interdisziplinärer Sonderforschungsbereich an der Universität Mannheim, der seit 2010 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. Ziel des SFB ist es, die Gründe für Erfolg und Misserfolg von politischen Reformen zu



untersuchen. In gemeinschaftlichen Projekten untersuchen Politikwissenschaftler, Ökonomen und Soziologen die tatsächlichen und die wahrgenommenen Auswirkungen von Reformen und inwieweit politische Präferenzen der Wähler im politischen Prozess Beachtung finden. Thematische Schwerpunkte sind die Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik sowie EU-Politik.

www.reforms.uni-mannheim.de

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressive Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN 978-3-96759-002-9

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

Ausgabe: September 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial, Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
Twitter: @DPZ_Berlin

Redaktion: Florian Ranft, Janis Prinz, Tobias Galke

Gestaltung: somethingcreative.agency, basierend auf einem Design von 4S und Collet Concepts

Diese Analyse basiert auf der Studie:
Sebastian Koos und Elias Naumann (2019): Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays For Future“-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht. Konstanz: Universität Konstanz.

Abrufbar unter:
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1jdetkrk6b9yl4>